Gemeinderat Colbitz

Beschlussvorlage	Vorlagen-Nr: BV-CO/0939/2018 Status: öffentlich AZ: Datum: 13.06.2018
Betreff: Bewirtschaftung Gemeindewald Wohngebiet Lindhorst	
Federführendes Amt: Einreicher:	Bauamt Meseberg, Christian
Beratungsfolge	21.06.2018 Gemeinderat Colbitz

Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat beschließt im Rahmen der forstlichen Bewirtschaftung den Gemeindewald im Wohngebiet Lindhorst, die Flurstücke 30/9 (Größe 3595 m²) und 425/30 (Größe 6.628) durch einen den Unterbau schonenden Kahlschlag abzuernten und unter Berücksichtigung der nachbarschaftlichen Belange aufzuforsten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die dafür erforderlichen Holzungsarbeiten auszuschreiben.
3. Art und Umfang der Wiederaufforstung wird nach Abschluss der Holzungsarbeiten durch den Gemeinderat festgelegt.

Begründung:

Der in Rede stehende Kiefernwald hat ein Alter von ca. 100-120 Jahren. Im Zug der Ausweisung des Wohnungsbaugebietes Lindhorst wurde im Bebauungsplan festgesetzt, dass der Wald dauerhaft und unversehrt zu erhalten ist und abgängige Bäume zu ersetzen sind.

Die Gemeinde Colbitz hat diesen Wald zum Zwecke der forstlichen Bewirtschaftung in die Forstbetriebsgemeinschaft Lindhorst/Colbitz (FBG) eingebracht.

Die FBG hat inzwischen erklärt, dass wegen der unmittelbaren Nähe zu den bebauten Grundstücken und deren Einfriedungen das Fällen von Bäumen durch die FBG abgelehnt wird. Die erforderlichen Arbeiten müssten von Baumpflegefirmen ausgeführt werden

Die Verkehrssicherungspflicht obliegt ungeachtet der forstlichen Bewirtschaftung dem Eigentümer, mithin der Gemeinde Colbitz. Auf Grund von mit dem Klimawandel einhergehenden Unwetter- und Starkwindereignissen stellt der vorhandene Kieferbestand eine zunehmende Gefahr für die angrenzenden Wohngrundstücke dar. Um der Verkehrssicherungspflicht gerecht zu werden, müsste die Gemeinde die Baumkontrollen intensivieren und quasi für den überwiegenden Baumbestand Einzelgutachten erstellen lassen, die turnusmäßig zu aktualisieren wären. Der damit verbundene finanzielle Aufwand, einhergehend mit kostspieligen Pflege- und Holzungsmaßnahmen steht mittel- und langfristig in keinem Verhältnis mit den ursprünglichen Zielen, das Landschaftsbild zu erhalten und der Allgemeinheit einen Erholungswert zu bieten.

Nach mehreren Beratungen mit der für die FBG verantwortlichen Revierförsterin wurde bereits im Bauausschuss und Gemeinderat erörtert, den Kiefernhochwald durch Kahlschlag abzuernten. Dabei soll der bereits vorhandene Unterbau von

Laubbäumen und Sträuchern möglichst geschont und als Basis für eine Wiederaufforstung genutzt werden. Dabei sollen nachbarschaftliche Belange berücksichtigt und hochwachsende Laubbäume mit entsprechenden Abständen gepflanzt werden. Ein Grund dafür ist u.a. die langjährig fehlende forstliche Bewirtschaftung. Der vollständige Erhalt des Baumbestandes führte in wesentlichen Teilen zu einem Missverhältnis zwischen der erreichten Baumhöhe und der Kronen- und Wurzelausbildung mit der Folge einer geminderten Standfestigkeit. Der Wald ist deshalb insgesamt als abgängig zu bezeichnen.

Nach dem Landeswaldgesetz ist ein Kahlschlag bis 2,0 Ha Wald genehmigungsfrei. Die vorgesehene Maßnahme steht mit den Belangen des Bebauungsplanes und dem Landeswaldgesetz im Einklang.

Am 22.05.2018 fand eine Erörterung mit den direkten Anliegern statt. Es wurde über den Sachverhalt und die geplanten Maßnahmen informiert. Unter Berücksichtigung der vorgesehenen Wiederaufforstung zeigten sich die Anlieger einverstanden und ziehen eine Beteiligung des eigenen Baumbestandes in Erwägung. Es wurde vereinbart, bei geeigneten Firmen Angebote über die Holzungsarbeiten einzuholen, wobei die Anlieger Ihre Leistungen eigenständig beauftragen und abrechnen werden.

Auf Grund dieses Termins hat sich ein Bürger aus Lindhorst an die Verwaltung und den Bürgermeister gewendet, und Bedenken hinsichtlich der Rechtmäßigkeit eines Kahlschlages erhoben. Die eMail-Korrespondenz ist in der Anlage beigefügt. Im wesentlichen gibt der Anlieger folgendes zu bedenken und bittet um Beantwortung weiterer Fragen:

Die Grundstücke sind Bestandteil des gültigen Bebauungsplans Nr. 2 „Wohngebiet Lindhorst“ der Gemeinde Colbitz. Entsprechend den textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan ist der Wald zu erhalten.

1. Gibt es eine mir nicht bekannte beschlossene Änderung des Bebauungsplans, die das Erhaltungsgebot außer Kraft gesetzt hat?

Entsprechend der Größe (> 0,2 ha) und dem registrierten Bestand (Kiefernhochwald) der Flurstücke unterliegen sie den Regelungen des Landeswaldgesetzes.

2. Gibt es einen genehmigten Antrag auf Beseitigung? Und welche Festlegungen zur Ersatzaufforstung sind darin enthalten?

Eine (Teil-)Beseitigung des Waldes ist aus meiner Sicht zulässig, wenn Krankheitsbefall vorliegt bzw. vom Bestand nachbarschaftsbeeinträchtigende Wirkungen ausgehen.

3. Gibt es ein Gutachten, aus dem sich Handlungsbedarf ableiten lässt?

In der Vorwoche hat, soweit bekannt, eine Vorortbegehung mit den Eigentümern der benachbarten Grundstücke stattgefunden. Ich bin zwar kein Anlieger. Eine Beseitigung des Waldes verändert mein grundstücksbezogenes Siluettenumfeld Richtung Osten jedoch erheblich. Der Kiefernwald prägt das Wohngebiet entscheidend. Bei einer Beseitigung des Waldes ist für den östlichen Teil des Wohngebiets von einem Wohnqualitätsverlust und von einer Grundstücks-Wertminderung auszugehen.

4. Wie viele Geladene waren vor Ort anwesend? Was ist das Ergebnis? Gibt es ein Protokoll, das eingesehen werden kann?

5. Warum wurden nicht alle Betroffenen eingeladen?

6. Gibt es noch eine Öffentlichkeitsbeteiligung und einen Gemeinderatsbeschluss?

7. Durch wen und mit welchen Arten erfolgt die gebotene Ersatzaufforstung?
 8. Ist die Finanzierung der Fällung incl. Ersatzaufforstung und Betreuung bis zur Abnahme einer gesicherten Kultur geklärt? Wer trägt welche Kosten?

Es ist zu vermuten, dass einige Anlieger die Gelegenheit nutzen wollen, die auf ihren Grundstücken befindlichen Kiefern im Zuge des Vorhabens mit beseitigen zu lassen. Ich weise darauf hin, dass diese Bäume der Baumschutzsatzung der Gemeinde Colbitz unterliegen. Genehmigte Fällungen sind ggf. auf Veranlassung und zu Lasten der jeweiligen Grundstückseigentümer denkbar.

Die rechtlichen Bedenken werden von der Verwaltung nicht geteilt. Zu den Fragen der Anlieger- und Öffentlichkeitsbeteiligung, Finanzierung und die Einzelheiten der Umsetzung der Maßnahme entscheidet der Gemeinderat nach eigenem Ermessen. Dabei stehen wegen der Nähe zur Wohnbebauung die Belange der Verkehrssicherungspflicht und wegen der damit verbundenen Kosten die Grundsätze der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung im Vordergrund.

Die Finanzierung der Holzungsarbeiten soll durch den Holzertrag gedeckt werden. Soweit nach dem Ausschreibungsergebnis ein Zuschuss der Gemeinde erforderlich wird, ist darüber durch den Gemeinderat zu entscheiden. Eine vorherige Kostenschätzung ist nur mit hohem landschaftsplanerischem Aufwand möglich, welcher von der Gemeinde zu tragen wäre.

Art und Umfang der Wiederaufforstung kann erst nach Abschluss der Holzungsarbeiten geprüft werden.

Über eine Anlieger- und Öffentlichkeitsbeteiligung entscheidet der Gemeinderat nach eigenem Ermessen.

Anlagen:

**2017-10Schr.Forstbetr.Gemeinschaft_w_ Bewirtschaftg.Wald i, WohnGLindh.
 Bürger_Lindhorst
 Einladung_Anwohner_2018_05_23
 Protokoll Anwohnerversammlung Pflege Wald
 WaldflächenWohngebietLindhorst**

Finanzielle Auswirkungen im laufenden Haushaltsjahr		Ja ☐	Nein ☐
Gesamtkosten der Maßnahme in 2015 in €	Jährliche Folgekosten in €	Mittel bereits geplant 2015 Ja ☐ Nein ☐	Haushaltsstelle
zusätzliche Einnahmen ☐ Nein ☐ Ja in Höhe von:			
Erläuterungen:			

Verbandsgemeinde-
bürgermeister

Kämmerei

Amtsleiter

Sachbearbeiter

Gremium		TOP	☐ Abstimmung laut Beschlussvorschlag mit		Die Vorlage wurde zum Beschluss erhoben. Datum: _____ - Siegel- Bürgermeister / Vorsitzender Verbandsgemeinderat
☐ Ein- stimmig	☐ Mehr- heitlich	Ja	Nein	Enthaltungen	